

Informationspflichten bei einer Erhebung von Daten nach Art. 12 bis 14 DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Bewerbungsmanagement

2.1 Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen

Senatorin Kristina Vogt
Die Senatorin für Wirtschaft,
Häfen und Transformation
Zweite Schlachtpforte 3

28195 Bremen

Telefon: 0421 / 361 8808

E-Mail: office@wae.bremen.de

2.2 Name und Kontaktdaten des zuständigen Sachgebietes

Die Senatorin für Wirtschaft,
Häfen und Transformation
-Personalreferat-
Zweite Schlachtpforte 3

28195 Bremen

Telefon: +49 421 361- 8693

E-Mail: personal@wae.bremen.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Carsten Raschke
Die Senatorin für Wirtschaft,
Häfen und Transformation
Zweite Schlachtpforte 3

28195 Bremen

datenschutzbeauftragter@wae.bremen.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Zweck: Durchführung der Bewerbungen bei der SWHT.

Rechtsgrundlagen: Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), sowie weiteren einschlägigen Gesetzen (z.B. Bremischen Beamtengesetzes – BremBG, Arbeitszeitgesetz – ArbZG, Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – AÜG; Mutterschutzgesetz – MuSchG, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG etc.).

Zur Erfüllung von (vor-)vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 1 BDSG; Art. 88 Abs. 1 DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 4 BDSG; Art.13 Abs. 1 lit. d i.V.m. Art. 14 Abs. 1 lit. b)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten (Artikel 4 Nr. 2 DSGVO) erfolgt bei der Prüfung im Bewerbungsverfahren und anschließenden Entscheidungsfindung hinsichtlich einer möglichen Einstellung. Die Rechtsgrundlage hierzu ist Art. 6 Abs. 1 lit b) DSGVO i.V. mit § 26 BDSG. Schließlich verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, wenn Sie uns hierzu Ihre Einwilligung erteilt haben (Art. 6 Abs. 1 lit. a), 7 DSGVO i.V. mit § 26 Abs. 2 BDSG. Gemäß §§ 85 bis 92 des Bremischen Beamtengesetzes in Verbindung mit Art. 88 DSGVO können für das Einstellungsverfahren erforderliche personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten zudem zur Wahrung unserer berechtigten Interessen. Dies gilt insbesondere zum Zwecke der internen Kommunikation sowie zu Verwaltungszwecken.

Aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilt haben, führen wir die Verarbeitung auf dieser Grundlage durch. Dies gilt grundsätzlich auch für Gesundheitsdaten (Art. 9 Abs. 2 lit. a) und lit. b) DSGVO i.V. mit § 26 Abs. 3 BDSG), sofern nicht eine Verarbeitung aufgrund gesetzlicher Vorgaben oder im öffentlichen Interesse erfolgt. Eine einmal erteilte Einwilligung können Sie jederzeit widerrufen.

Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m § 26 BDSG)

Zudem unterliegen wir als Arbeitgeber*in diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen. Verarbeitungen erfolgen dabei z.B.

- Zur Erfüllung gesetzlicher Vorschriften (z.B. steuerliche Belange, amtliche Statistiken, Sozialversicherung);
- Zur Erfüllung gesetzlicher Auskunftspflichten, durch welche/n Beschäftigten die Vorgänge bearbeitet wurden bzw. welche Beschäftigten und Führungskräfte zur Bearbeitung aufsichtsrechtlich relevanter Vorgänge eingesetzt werden und über welche Aus-/Weiterbildung sie verfügen.

Informationspflicht: Bewerbungsmanagement

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art. 14 Abs. 1 lit. d DSGVO) zur

- Erfüllung gesetzlich / kollektiv-vertraglich vorgesehener Rechte / Pflichten im Bereich des Arbeitsrechts, des Rechts der sozialen Sicherheit oder des Sozialschutzes (Art. 9 Abs. 2 lit. b DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 3 BDSG);
- Beurteilung der Arbeitsfähigkeit (Art. 9 Abs. 2 lit. h i.V.m. 22 Abs. 1 Buchst. b BDSG)

Soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden, dient dies im Rahmen der Anbahnung des Beschäftigungsverhältnisses der Ausübung von Rechten oder der Erfüllung von rechtlichen Pflichten aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der sozialen Sicherheit und dem Sozialschutz. Beispiele:

- Angabe von Gesundheitsdaten gegenüber Krankenkasse;
- Erfassung der Schwerbehinderung wegen Zusatzurlaub und Ermittlung der Schwerbehindertenabgabe.

Zudem kann zur Beurteilung Ihrer Arbeitsfähigkeit auch die Verarbeitung von Gesundheitsdaten gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h DSGVO i.V.m. § 22 Abs. 1 lit. b BDSG erforderlich sein.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger:in innerhalb der Organisation: Innerhalb der SWHT erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten brauchen (z. B. Personalabteilung, die jeweiligen Führungskräfte). Ihre Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und nicht an Dritte übermittelt.

Auftragsverarbeiter: keine

Dritte: keine

6. Herkunft und Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir von Ihnen erhalten.

Relevante personenbezogene Daten sind Daten und Informationen, die Ihren beruflichen Werdegang betreffen (z. B. Aus- und Weiterbildung, Zeugnisse), Leistungsnachweise und Beurteilungen. Ferner können hierunter auch besondere Kategorien personenbezogener Daten wie etwa Gesundheitsdaten fallen.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland/eine internationale Organisation übermittelt. Durch die Nutzung von Internetdiensten und die damit verbundenen Verkehrswege kann es zu einer technisch basierten Übermittlung in Drittstaaten kommen. Wir können nicht ausschließen, dass in diesem Zusammenhang unberechtigte Dritte Zugriff auf Ihre Daten bekommen oder davon Kopien machen. Wir können hierauf keinen Einfluss nehmen. Insofern Verschlüsselung der Daten nach durchführbaren Verfahren möglich ist, werden wir hiervon Gebrauch machen.

Informationspflicht: Bewerbungsmanagement

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Soweit erforderlich, verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer des Bewerbungsprozesses, folglich bis zur Einstellung eines Bewerbers/einer Bewerberin auf die Stelle, auf welche die Bewerbung erfolgte.

Sollten Sie eingestellt werden, so werden wir Sie mit einem weiteren Informationsschreiben über die Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen eines bestehenden Beschäftigungsverhältnisses gesondert informieren.

Nach Beendigung des Bewerbungsprozesses vernichten wir Ihre personenbezogenen Daten sechs Monate nach dem Zugang der Ablehnung, sofern Sie uns keine Einwilligung erteilt haben, Ihre Daten weiterhin zu speichern oder zur Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

9. Betroffenenrechte

Jede betroffene Person hat das Recht auf:

- a. Auskunft nach Art. 15 DSGVO,
- b. Berichtigung nach Art. 16 DSGVO,
- c. Löschung nach Art. 17 DSGVO,
- d. Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
- e. Datenübertragbarkeit aus Art. 20 DSGVO sowie
- f. Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DSGVO.

Beim Auskunftsrecht und beim Lösungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG.

Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Art.13 Abs. 2 lit. d i.V.m. Art. 14 Abs. 2 lit. d DSGVO, Art. 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG).

Der Text der DSGVO findet sich im Internet unter www.dsgvo-gesetz.de sowie der Text des BDSG unter www.gesetze-im-internet.de/bdsg_2018/.

10. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie können eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit, der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Im Rahmen des Bewerbungsprozesses besteht keine Pflicht zur Bereitstellung von Daten. Selbstredend können wir nur diejenigen Daten in die Entscheidungsfindung einfließen lassen, welche wir von Ihnen erhalten haben.

Sollte ein Arbeitsverhältnis begründet werden, wird im Rahmen einer Zuverlässigkeitsprüfung die Vorlage eines polizeilichen Führungszeugnisses erforderlich.

Informationspflicht: Bewerbungsmanagement

12. Automatisierte Entscheidungsfindung

Zur Durchführung des Bewerbungsprozesses nutzen wir grundsätzlich keine automatisierte Entscheidungsfindung – einschließlich Profiling – gemäß Art. 22 DSGVO. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, soweit dies gesetzlich vorgegeben ist.

13. Information über Widerspruchsrecht nach Art. 21 (4) DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 lit. f der DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst an den / die Datenschutzbeauftragte*n gerichtet werden.